THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 4
Mai 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Vereidigung der neuen Minister im Landtag

Nachdem Ministerpräsident Dieter Althaus am 24. April 2008 bekannt gegeben hatte, das Kabinett durch den Wechsel von sechs Ministern umzubilden, fand am 8. Mai zu Beginn der Landtagssitzung die Vereidigung durch Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski statt. Die bisherige CDU-Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht wurde zur Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit ernannt, der Bundestagsabgeordnete Bernward Müller zum Kultusminister, der bisherige Präsident des Rechnungshofes Manfred Scherer zum Innenminister, die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Justizausschusses Marion Walsmann zur Justizministerin. Zwei Minister wechselten das Ressort: der bisherige Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Gerold Wucherpfennig wurde zum Minister für Bau, Landesentwicklung und Medien ernannt. Dr. Klaus Zeh, bislang Minister für Soziales, Familie und Gesundheit, wurde das Amt Wucherpfennigs übertragen.



Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski (rechts) bei der Vereidigung von Ministerin Christine Lieberknecht

Einleitung von Kalisalzen in die Werra

Die mittlerweile seit über einem Jahr andauernde Einleitung von Kalisalzen in die Werra durch die K+S Kali GmbH war in der Landtagssitzung vom 9. Mai 2008 erneut Thema. Die Fraktion Die LINKE stellte hierzu den Antrag auf ein unabhängiges Gutachten. Katja Wolf (LINKE) betonte in der Begründung des Antrags die Notwendigkeit einer objektiven Bewertung für das weitere Verfahren. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion richtete sich auf die schnellstmögliche Beendigung der Einleitung von Kalisalzen. „Die eingeräumte Möglichkeit, den Engpass für die Kalientsorgung zu überbrücken, ist längst überschritten. Die K+S GmbH muss politisch unter Druck gesetzt werden“, so Dagmar Becker (SPD). Der CDU-Abgeordnete Horst Krauße schlug vor, beide Anträge an den Umweltausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen, was am Ende der Debatte im Plenum mehrheitlich beschlossen wurde.

Ralf Bornkessel neues Mitglied des Landtags

Nach fast zwei Jahrzehnten verabschiedete sich Andreas Trautvetter (CDU) sowohl aus seinem Amt als Minister für Bau und Verkehr als auch aus seiner Funktion als Landtagsabgeordneter. Trautvetter war bereits seit 1990 Mitglied des Thüringer Landtags; von 1992 an wurden ihm in Folge vier Ministerämter übertragen.



Das frei gewordene Mandat übernimmt Ralf Bornkessel. Der 1958 geborene Vermessungsingenieur lebt in Gera, wo er auch Mitglied des Stadtrates ist.

Ausschuss für Naturschutz und Umwelt

In seiner Sitzung vom 25. April befasste sich der Umweltausschuss mit der beim Tunnelbau der ICE-Strecke Erfurt–Nürnberg entdeckten Blessberghöhle. Erkundungen durch Höhlenforscher sowie Einschätzungen von Naturschutzverbänden lassen auf einen hohen geologischen Wert der Höhle schließen. Der ICE-Tunnel wird zunächst fertig gestellt. Vom Tunnel aus soll ab September 2008 ein Zugang zur Höhle geschaffen werden, der umfangreichere Erkundungen zulässt, erklärte Ausschussvorsitzender Tilo Kummer (DIE LINKE).

Petitionsausschuss

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses Wolfgang Wehner (CDU) stellte im Rahmen einer Pressekonferenz am 29. April den Arbeitsbericht für das Jahr 2007 vor und übergab ihn zugleich Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski. Der Bericht gibt Auskunft über die Zahl und den Inhalt der bearbeiteten Petitionen sowie über die Entscheidungen des Ausschusses. 2007 wurden insgesamt 1097 Petitionen an den Petitionsausschuss des Landtags gerichtet; das sind 165 neue Petitionen mehr als im Vorjahr. „Mehr als jede fünfte Petition kam aus der Rechtspflege, vor allem von Insassen des Strafvollzugs“, so Wehner. Die Strafvollzugskommission ist ständiger Unterausschuss des Petitionsausschuss und wird in dessen Arbeitsbericht ebenfalls erfasst.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die Vereidigung der neuen Regierungsmitglieder hat bei der letzten Plenarsitzung für besonders reges öffentliches Interesse gesorgt. Aber nicht nur deshalb waren die beiden Plenartage am 8. und 9. Mai beachtenswert. Themen wie die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten von Bürgern an kommunalen Entscheidungsprozessen, die Entwicklung der Strompreise und der Solar-Energie im Freistaat oder die Problematik der Einleitung von Kalisalzen in die Werra sorgten für lebhafte Debatten. Im vorliegenden Landtagskurier finden Sie neben Berichten aus dem Plenum Informationen zur letzten Sitzung des Ausschusses für Naturschutz und Umwelt sowie zum neu erschienenen Arbeitsbericht des Petitionsausschusses. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

Ausstellungen

Kunstausstellung „zweitausend 8 in Erfurt“

In der Plenarwoche im Mai eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski die Ausstellung „zweitausend 8 in Erfurt“ des Bildhauers und Installationskünstlers Gernot Ehrsam aus Kaltennordheim. Damit kam im Thüringer Landtag erneut die Gegenwartskunst zum Zuge, um „dem Kommenden, Neuen und bislang Unbekannten ein Forum der Darstellung zu bieten“, so Schipanski in ihrer Eröffnungsrede. In diesem Sinne wollte sie die Ausstellung im Landtag als „einen Beitrag zur Förderung von Gegenwartskunst“ verstanden wissen. Gernot Ehrsam hat sich im Südthüringer Raum, in Bayern und Hessen durch verschiedene Ausstellungen und Projekte bereits einen Namen gemacht. Seit 2008 hat er sein künstlerisches Domizil direkt im Herzen der thüringischen Landeshauptstadt, am Erfurter Domplatz gefunden.

Die Ausstellung ist bis zum 09. Juni 2008, Montag bis Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.



Bildner GERNOT EHRSAM
„Merlin-Markt“, Domplatz 1a, Erfurt
geboren 1967 / 1988-90 Studium an der Humboldtuniversität Berlin (Pädagogik und Pflanzenbau) / 1990-95 Studium an der Kunsthochschule Berlin Weißensee (Grafik und Bildhauerei) / seit 1994 Teilnahme an Symposien und Ausstellungen / seit 1997 freiberuflich / lebt und arbeitet in Kaltennordheim (Rhön) und in Erfurt / “Stoff, Nichtstoff, ‘Menschsein’ findet Formulierung, bevorzugt Gestaltung mit Holz, Bildner ist mein Beruf, zwei-und mehrdimensionale Werke entstehen - Texte, Figuren, Zeichnungen, Skulpturen, Objekte, Installationen ”

Veranstaltungen

Girl’s Day 2008 im Thüringer Landtag

Zum deutschlandweiten „Girl’s Day – Mädchenzukunftstag“ am 24. April 2008 nahm zum wiederholten Male auch der Thüringer Landtag mit einer eigenen Veranstaltung teil. Da im Zentrum des Mädchenzukunftstages die



Berufswahlvorbereitung steht, konnten die Schülerinnen der 8. bis 10. Klasse den Landtag besichtigen und sich mit der Arbeit in Politik und Verwaltung vertraut machen. Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, die die Schülerinnen gemeinsam mit den Vizepräsidentinnen Dr. Birgit Klaubert und Birgit Pelke begrüßte, forderte erneut dazu auf, den Blick auch auf jene Berufsfelder zu richten, in denen Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert sind.

CDU

CDU-Bildungspolitik durch finnischen Vergleich bestätigt

Die CDU-Landtagsfraktion sieht sich durch die Erkenntnisse einer Informationsreise des Landesbildungsausschusses nach Finnland in ihrer Bildungspolitik bestätigt. „Mit unserer Politik, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu stärken und tendenziell die Rolle der Kommunen in der Bildungspolitik auszubauen, sind wir auf dem richtigen Weg“, erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Emde. Nicht in einer größeren Vereinheitlichung, sondern in mehr Vielfalt und Freiheit liege der Schlüssel erfolgreicher Bildungspolitik. Das zeige das finnische Beispiel ganz eindeutig. Der Bildungsausschuss hat sich laut Emde in mehreren Gesprächen vor allem über die Zuständigkeit der Gemeinden für ihre Schulen und die Entwicklung der Unterrichtsqualität informiert. Wie der Bildungspolitiker erläuterte, liegen die jährlichen Ausgaben mit 6000 Euro je Schüler etwa auf dem Niveau Thüringens. Kennzeichnend für das finnische Bildungssystem sei die große Verantwortung der Gemeinden. Sie stellen das Schulpersonal ein und sind verpflichtet, die knapp gehaltenen Rahmenlehrpläne auszufüllen. Außer einem landesweiten Zentralabitur in vier Fächern gibt es keine weiteren Erfolgskontrollen. Das gute Abschneiden Finnlands bei den im Land selbst kaum ernst genommenen PISA-Tests erklären die Gesprächspartner laut Emde mit dem ausgeprägten Vertrauen in die hoch qualifizierten Lehrer und ihre großen Spielräume. So könnten sie etwa Schulbücher völlig frei wählen. Überdies läsen Schüler viel finnische und englische Literatur. Dies sei nach Meinung des Instituts für Unterricht ein weiterer Faktor für erfolgreiche Bildung. Wie der CDU-Bildungsexperte abschließend sagte, „gehört die These, das finnische Bildungswesen sei mehr oder weniger von der DDR inspiriert, nach diesem Besuch für mich endgültig in das Reich der Legenden. Durch die großen Freiräume vor Ort gibt es hier eine produktive Vielfalt, die selbst jene in unserem zweigliedrigen Schulsystem weit übersteigt. Mit dem engen Korsett der alten zentralistisch gesteuerten Einheitsschule hat dieses Bildungssystem absolut nichts zu tun.“



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

Mike Mohring ist neuer Fraktionsvorsitzender

Mike Mohring ist neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Wie der 36-jährige im Anschluss an seine deutliche Wahl sagte, „ist Thüringen reichlich 15 Monate vor der Landtagswahl in guter Verfassung. Wir stellen unsere Innovationskraft und Exportstärke immer wieder unter Beweis. Es gibt zahlreiche neue Investitionen, die Arbeitslosigkeit sinkt deutlich und ist seit Jahren die niedrigste in den jungen Ländern. Leistungsvergleiche im Bildungsbereich und in der Familienpolitik sehen uns regelmäßig im Spitzenquartett Deutschlands, wir sind das familienfreundlichste Land“, so Mohring wörtlich.
Wie der Fraktionsvorsitzende weiter ausführte, „muss die CDU diesen erfolgreichen Weg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger durch einen Wahlsieg im Jahr 2009 sichern. Dafür haben wir uns mit dem heutigen Tag neu aufgestellt. Mit Rot-Rot wäre der gute Lauf Thüringens zu Ende. Das gilt es zu verhindern.“

Medizinische Versorgung als Thema der Zukunft

Von der Privatisierung im Krankenhausbereich über die immer schwieriger werdende hausärztliche Versorgung in Thüringen bis zur Absicherung des öffentlichen Gesundheitsdienstes reichte die Palette der Themen der Gesundheitspolitischen Konferenz, zu der die Landtagsfraktion der LINKEN eingeladen hatte. Die gesundheitspolitische Sprecherin, Dr. Ruth Fuchs, betonte vor dem Hintergrund der Altersentwicklung der Bevölkerung mit ihrem Krankheitsspektrum, dass die Krankenhausstandorte erhalten bleiben müssten. Zudem seien immer mehr ländliche Regionen in Thüringen von Unterversorgung betroffen, weil freie Arztpraxen nicht besetzt werden können. Auf der Konferenz hatte Matthias Zänker von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (s. Foto) darauf verwiesen, dass fast 40 Prozent der Hausärzte älter als 60 Jahre sind. Friedrich Albes, Geschäftsführer der gerade erst gegründeten regioMed, einer Holding kommunaler Krankenhäuser mit Sitz in Sonneberg, warnte: „Die Privatisierung der Krankenhausversorgung ist der größte Strickmusterfehler im System."



DIE LINKE fordert eine vollständig steuerpflichtige Gesamtdiät

Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, übt deutliche Kritik an der Diätenerhöhung im Bundestag. „Auch der Vorschlag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mohring, auf Bundesebene die Thüringer Regelung der automatischen Diätenanpassung einzuführen, ist nicht zielführend und populistische Augenwischerei." Der Thüringer Verfassungsgerichtshof habe 1998 auf Grundlage einer Klage der PDS-Fraktion die Datenbasis als problematisch eingestuft. „Die automatische Diätenanpassung in Thüringen, übrigens mit Inflationsausgleich, berücksichtigt ja nicht alle Einkommensgruppen, z.B. sind die Bezieher von Sozialleistungen ausgespart. So haben die Abgeordneten in Thüringen Diätenerhöhungen abbekommen, während die realen Einkommen gesunken sind. Dieser unhaltbare Zustand muss endlich beendet werden. Die Indexierung darf keinesfalls exportiert werden, das Verfahren muss durchschaubarer sein." DIE LINKE fordert eine vollständig steuerpflichtige Gesamtdiät bei Abschaffung von steuerfreien Aufwandspauschalen. Die Abgeordneten sollen sich auch für den Krankheitsfall, das Alter und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen selbst absichern. Thüringen drohe wieder einmal zum Schlusslicht zu werden, denn Länder wie Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg haben sich an die Reform des Abgeordnetenrechts gemacht.

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

Mentoring bei der Landtagsfraktion

Erneut gibt die Landtagsfraktion der LINKEN interessierten jungen Leuten im Rahmen eines Mentoring-Programms Gelegenheit, Politik und Politiker hautnah zu erleben. Vom 21. August bis 19. September können sie, die Mentees, Abgeordnete der Fraktion, also ihre Mentoren, bei Veranstaltungen und Terminen begleiten. Ergänzend wird ein Rahmenprogramm organisiert. Mentoring ist ein Konzept zum schnellen Kennenlernen von Kernbereichen der (parlamentarischen) politischen Praxis. Der Mentee erhält nicht nur Einblick in die Politik-Tätigkeit, er kann auch Kontakte zu Einrichtungen und Personen knüpfen, die für künftiges Engagement hilfreich sind.

Taubert erteilt Vorschlägen der CDU zu Kommunalwahlrecht Absage

Vorschläge der Initiative für ein Volksbegehren sind bürgerfreundlicher

„Kein Stück mehr Bürgerfreundlichkeit, vielmehr eine Benachteiligung", sieht Heike Taubert in den vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Mohring vorgestellten Änderungsvorschlägen zum Thüringer Kommunalwahlrecht. Mohring hatte behauptet, dass die CDU-Vorschläge für mehr Mitbestimmung auf der kommunalen Ebene bürgerfreundlicher seien als der Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen".

„Da irrt Herr Mohring ganz gewaltig", stellt die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion klar. Schließlich reiche die vom Bündnis für Mehr Demokratie angestrebte Absenkung der Quoren – sie legen fest, wann ein Bürgerentscheid in der Gemeinde Erfolg hat – weiter als die des CDU-Gesetzentwurfs. Auch bei Bürgerbegehren seien die Vorschläge des Volksbegehrens um einiges bürgerfreundlicher. „Die Thüringer CDU will die freie Unterschriftensammlung abschaffen und dafür die Bürger sonnabends zur Unterschriftsleistung auf die Gemeindeverwaltungen bemühen. Dafür soll dann ein Zeitraum von nur acht Wochen zur Verfügung stehen", kritisiert Heike Taubert. „Das ist ein fettes Minus für die direkte Demokratie", sagt die SPD-Politikerin und erteilt den CDU-Vorschlägen eine klare Absage. Amtsstubensammlung und Sammlungsfrist bei Bürgerbegehren gäbe es, wenn sich die CDU-Vorschläge durchsetzten, dann in keinem anderen Bundesland – nur in Thüringen.



Schon mehr als 60 000 Unterschriften haben die Unterstützer der Initiative „Für mehr Demokratie in Thüringer Kommunen" gesammelt. In gut sichtbaren Warnwesten machten sie auf Anliegen aufmerksam (3. von links im Bild SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie). Hier ein Bild vom Start der Unterschriftensammlung im März dieses Jahres.

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Schubert besorgt wegen Rückforderung

Aufklärung wegen einer bekannt gewordenen Rückforderung von Fördergeldern durch die EU fordert SPD-Wirtschaftspolitiker Dr. Hartmut Schubert von der Landesregierung. „Die Höhe der Summe ist Besorgnis erregend", konstatiert Schubert und verweist auf zu befürchtende massive Auswirkungen auf den Landeshaushalt, mache die EU tatsächlich ernst. Immerhin handele es sich bei den 81 Millionen Euro, die die EU jetzt von Thüringen zurückverlange, um mehr als 12 Prozent der insgesamt im Zeitraum von 1994 bis 1999 ausgereichten Fördermittel. Schubert fordert Wirtschaftsminister Reinholz auf, die Abgeordneten im nächsten Wirtschaftsausschuss umfassend über die Gründe für die Panne zu informieren.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Stellungnahme zur beabsichtigten Neuordnung der Durchführung von Widerspruchsverfahren in Thüringen

Gegenwärtig wird ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 4/3714) – Thüringer Gesetz zur Neuordnung der Durchführung von Widerspruchsverfahren – im Thüringer Landtag beraten. Am 18. April 2008 führte der Innenausschuss eine öffentliche Anhörung durch. Im Rahmen der Anhörung gab auch die Bürgerbeauftragte eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf ab. Zusammenfassend äußerte die Bürgerbeauftragte Silvia Liebaug erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf und machte deutlich, dass gewichtige Argumente für eine Beibehaltung des Widerspruchsverfahrens sprechen. Die Bürgerbeauftragte vertritt die Interessen der Bürger und sieht für die Bürgerinnen und Bürger erhebliche Nachteile im Zusammenhang mit der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens, da dieses eine einfache, vergleichsweise schnelle, wirksame und kostengünstige Rechtsschutzmöglichkeit darstellt. Die angestellte Prognose in der Begründung zum o.g. Gesetzentwurf, dass die Abschaffung des bisherigen Widerspruchsverfahrens zu einer Entlastung der Verwaltung führt, erscheint der Bürgerbeauftragten äußerst unsicher, wenn man diese insgesamt betrachtet. Weiter hat die Bürgerbeauftragte darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn man dennoch an o.g. Gesetzentwurf festhalten wolle, auf den Gebieten Denkmalschutz und bauliche Entscheidungen das bisherige Widerspruchsverfahren beibehalten werden solle. Denn gerade auch das Baurecht ist von komplexer Natur und Belange Dritter spielen mitunter eine bedeutende Rolle. Im Rahmen einer außergerichtlichen Streitbeilegung sowohl im Widerspruchsverfahren durch Einschaltung der Aufsichtsbehörde als auch anderer Institutionen wie der Bürgerbeauftragten kann beispielsweise hier auf eine Konfliktlösung hingearbeitet werden. Dabei spielen auch Zweckmäßigkeitserwägungen eine Rolle, was im gerichtlichen Verfahren so nicht der Fall ist. Es ist deshalb zu hoffen, dass die vorgetragenen Argumente für die Beibehaltung des Widerspruchsverfahrens vom Gesetzgeber in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Der Datenschutzbeauftragte

Künftig italienische Verhältnisse?

Im 7. Tätigkeitsbericht (9.2) hat der TLfD kritisiert, dass ein zentraler Datenpool beim Bundeszentralamt für Steuern geschaffen werden soll, der neben den Daten Lohnsteuerpflichtiger auch solche ihrer Kinder und Ehepartner enthält, da dies durch Verknüpfung mit Daten aus anderen Quellen die Möglichkeit zur staatlichen Profilbildung eröffnen würde.
Wohin eine solche Entwicklung führen kann, zeigt Italien (FAZ vom 04.03.2008). Dort betreibt das Finanzministerium ein Rechenzentrum mit 60.000 angeschlossenen Computerarbeitsplätzen. Hier laufen neben Steuerdaten auch solche der Meldestellen, der Katasterämter, der Rentenversicherung, des Zolls und der Annahmestellen für Glücksspiele zusammen. Erfasst sind auch der gesamte Immobilienbesitz, Mietverträge, Autozulassungen, Anschlüsse für Strom, Wasser, Gas und Telefon bis hin zu Lebensversicherungsverträgen und Auslandsüberweisungen. Die Verordnungen von Medikamenten im staatlichen Gesundheitssystem sind ebenfalls abgelegt. Künftig sollen auch Telefonrechnungen zugänglich sein. Auswertungsprogramme erzeugen aus der Vielzahl der Daten personenbezogene Informationsnetze (Profilbildung), die es erlauben, Steuersünder zu identifizieren. Bspw. hatte die Schauspielerin Ornella Muti einen Wohnsitz im Ausland gemeldet. Doch Autozulassung, Telefonanschlüsse und die Aufenthaltsgenehmigung des Kindermädchens verrieten den wahren Lebensmittelpunkt.
Der Datenpool wurde mehrfach von neugierigen Angestellten und für politische Zwecke missbraucht. Kürzlich hat das Finanzministerium die Steuererklärungen aller Bürger für 2005 frei zugänglich ins Netz gestellt, um durch mehr „Transparenz" das Hinterziehen von Steuern leichter erkennbar zu machen. Nach Aufforderung der Datenschutzbehörde wurden die Informationen vom Netz genommen, allerdings sind sie weiterhin in Tauschbörsen und auf anderen Internetseiten verfügbar.
Derartige Auswüchse müssen in Deutschland rechtzeitig verhindert werden.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Zum Beispiel Bautzen

Im Gebäude des ehemaligen „Stasi-Knastes" Bautzen II befindet sich heute die Gedenkstätte Bautzen. Hier wird an die Opfer der beiden Bautzener Gefängnisse erinnert. In den Haftanstalten Bautzen I und II wurden während des „Dritten Reiches", der sowjetischen Besatzungszeit und der SED-Diktatur politische Gegner unter unmenschlichen Haftbedingungen gefangen gehalten. Die ständige Ausstellung, die sich teilweise noch im Aufbau befindet, dokumentiert die Leiden der Opfer und zeigt die politisch-historischen Zusammenhänge auf.



Das gesamte Gebäude, u. a. die Arrestzellen, der Isolationstrakt und die Freiganghöfe sind erhalten und können besichtigt werden.

Die Leiterin, Silke Klewin, drei wissenschaftliche Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin in der Verwaltung arbeiten am weiteren Ausbau der ständigen Ausstellung, sie betreuen Zeitzeugen, dokumentieren Archivfunde und Privatunterlagen, organisieren mehrere Veranstaltungen monatlich.

Wechselnde Wanderausstellungen wecken das Interesse der Bautzener und ihrer Gäste an der Gedenkstätte immer wieder neu.
So ist die Gedenkstätte Bautzen II zu einem Bildungsort für ganz Sachsen geworden, der von Schulklassen, Touristen und den ehemaligen Gefangenen akzeptiert und besucht wird.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.